

## Wirtschaftsgipfel Ottawa

Treffen der Staats- und Regierungschefs  
am 20. und 21. Juli 1981

### Erklärung der Staats- und Regierungschefs

Ottawa, 21. Juli 1981

1.

Wir sind in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und großer Herausforderungen für den wirtschaftlichen Fortschritt und den Frieden in der Welt zusammengetroffen. Unsere Begegnung hat dazu gedient, die Stärke unserer gemeinsamen Bindungen zu festigen. Wir wissen, daß Wirtschaftsfragen die politischen Zielsetzungen, die wir teilen, sowohl widerspiegeln als auch beeinflussen. In einer Welt gegenseitiger Abhängigkeit bekräftigen wir erneut unsere gemeinsamen Ziele und die Anerkennung der Notwendigkeit, dabei die Auswirkungen der von uns verfolgten Politik auf andere zu berücksichtigen. Wir vertrauen in unsere gemeinsame Entschlossenheit und Fähigkeit, unsere Probleme im Geiste gemeinsamer Verantwortung sowohl zwischen uns als auch mit unseren Partnern in aller Welt in Angriff zu nehmen.

#### Die Wirtschaft

2.

Die Hauptaufgabe, der wir uns auf diesem Treffen zuwandten, war die Notwendigkeit, die Volkswirtschaften der Demokratien unter den Industrieländern wieder zu beleben, um die Bedürfnisse unserer eigenen Völker zu befriedigen und den Wohlstand in der Welt zu festigen.

3.

Seit dem Gipfeltreffen in Venedig ist die durchschnittliche Inflationsrate in unseren Ländern gefallen, gleichwohl ist sie in vier dieser Länder noch zweistellig.

In vielen Ländern ist die Arbeitslosigkeit stark angestiegen und steigt immer noch weiter. Es besteht Aussicht auf ein gemäßigttes Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr, aber gegenwärtig verspricht dies für die unmittelbare Zukunft wenig Linderung der Arbeitslosigkeit. Die durch die Ölpreiserhöhung 1979/80 hervorgerufenen großen Zahlungs-

bilanzdefizite sind bisher ohne unerträgliche Anpassungsbelastungen finanziert worden, jedoch dürften sie noch einige Zeit anhalten. Die Zinssätze haben in zahlreichen Ländern Rekordhöhe erreicht und würden, falls sie für längere Zeit auf dieser Höhe blieben, produktive Investitionen gefährden.

4.

Die Bekämpfung von Inflation und der Abbau der Arbeitslosigkeit müssen unser vorrangigstes Ziel sein, und diese miteinander verknüpften Probleme müssen gleichzeitig in Angriff genommen werden. Wir müssen weiterhin die Inflation dämpfen, wenn wir die höheren Investitionen und das anhaltende Wachstum sicherstellen wollen, von denen die dauerhafte Erholung des Arbeitsmarktes abhängt. Erforderlich ist der ausgewogene Einsatz einer Reihe von Politik-Instrumenten. Wir müssen bei unserer Bevölkerung größeres Verständnis für die Notwendigkeit des Wandels erwecken: Wandel in den Erwartungen in bezug auf Wachstum und Einkommen, Wandel in den Beziehungen und im Verhalten zwischen den Sozialpartnern, Wandel in der Industriestruktur, Wandel in der Ausrichtung und im Umfang der Investitionen und Wandel im Energieverbrauch und in der Energieversorgung.

5.

Wir müssen in den meisten Ländern die öffentliche Kreditaufnahme dringend verringern. Wo es die Umstände erlauben oder wir im Rahmen unserer Haushalte Änderungen durchführen können, werden wir produktive Investitionen und Innovationen in verstärktem Maße unterstützen. Wir müssen ferner die Rolle des Markts in unseren Volkswirtschaften akzeptieren. Wir dürfen die Übergangsmaßnahmen, die möglicherweise zur Erleichterung des Wandels erforderlich sind, nicht zu ständigen Formen des Protektionismus oder der Subventionierung werden lassen.

## Inhalt

### Wirtschaftsgipfel Ottawa

Erklärung der Staats- und Regierungschefs	613
Zusammenfassung des Vorsitzenden zu politischen Fragen	616
Erklärung über den Terrorismus	617
Besuch des Bundeskanzlers in Kanada	618

6.

Wir betrachten ein niedriges und stabiles Geldmengenwachstum als wesentliche Voraussetzung für die Dämpfung der Inflation. Die Zinssätze müssen dabei ihre Rolle spielen; und sie werden wahrscheinlich dort hoch bleiben, wo große Inflationsbefürchtungen fortbestehen. Wir sind uns aber durchaus bewußt, daß Höhe und Veränderungen der Zinssätze in einem Land die Stabilisierungspolitik in anderen Ländern erschweren können, weil sie deren Wechselkurse und deren Volkswirtschaften beeinflussen. Daher müssen sich die meisten von uns auch auf eine Eindämmung der Haushaltsdefizite durch Beschränkung der Staatsausgaben, wo erforderlich, stützen. Es ist ferner in hohem Maße wünschenswert, Schwankungen der Zinssätze und Wechselkurse auf ein Mindestmaß herabzusetzen; größere Stabilität auf den Devisen- und Finanzmärkten ist für die gesunde Entwicklung der Weltwirtschaft wichtig.

7

In einer Welt starker Kapitalbewegungen und großer Defizite liegt es im Interesse aller, die finanzielle Solidität des internationalen Banksystems und der internationalen Finanzinstitutionen in vollem Umfang zu wahren. Wir begrüßen die vor kurzem erweiterte Tätigkeit des IWF bei der Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten zu Bedingungen, welche die notwendige Anpassung fördern.

8.

Bei der Gestaltung unserer langfristigen Wirtschaftspolitik muß darauf geachtet werden, die Umwelt und die Naturschätze unseres Planeten zu erhalten.

#### Beziehungen zu den Entwicklungsländern

9.

Wir unterstützen die Stabilität, Unabhängigkeit und echte Nicht-Gebundenheit der Entwicklungsländer und bekräftigen erneut unsere Verpflichtung, mit ihnen in der Erkenntnis der Realität unserer Interdependenz im Geiste gegenseitigen Interesses, Respekts und Nutzens zusammenzuarbeiten.

10

Es liegt sowohl in unserem Interesse wie im Interesse der Entwicklungsländer, daß diese sich entwickeln und gedeihen, im internationalen Wirtschaftssystem die Rolle voll und ganz übernehmen, die ihren Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten entspricht, und sich in diesem System stärker integrieren.

11

Wir sehen konstruktiven und substantiellen Erörterungen mit ihnen entgegen und sind der Auffassung, daß das Gipfeltreffen in Cancun eine baldige Gelegenheit bietet, unsere gemeinsamen Probleme erneut zu behandeln.

12

Wir bekräftigen erneut unsere Bereitschaft, alle Möglichkeiten der Konsultation und der Zusammenarbeit mit Entwick-

lungsländern in jedem hierfür geeigneten Forum zu erkunden. Wir sind bereit, an der Vorbereitung für einen beiderseitig akzeptablen Prozeß globaler Verhandlungen mitzuwirken, die Aussicht auf sinnvollen Fortschritt bieten.

13.

In den meisten Entwicklungsländern mit mittleren Einkommen war das Wachstum zwar beträchtlich, doch sind wir uns der ernstesten wirtschaftlichen Probleme in zahlreichen Entwicklungsländern und der schrecklichen Armut, die insbesondere in den ärmeren herrscht, zutiefst bewußt. Wir sind nach wie vor bereit, die Entwicklungsländer in ihren Bemühungen um die Förderung der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung im Rahmen ihrer eigenen sozialen Wertvorstellungen und Traditionen zu unterstützen. Diese Bemühungen sind entscheidend für ihren Erfolg.

14.

Wir haben uns verpflichtet, öffentliche Entwicklungshilfe in substantiellem und, in vielen Fällen, in steigendem Umfang auch in Zukunft zu leisten und werden uns um vertieftes Verständnis der Öffentlichkeit für die Bedeutung dieser Hilfe bemühen. Wir werden den größten Teil unserer Hilfe ärmeren Ländern zukommen lassen und wir werden aktiv an der Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder mitwirken.

15

Wir weisen darauf hin, daß die Stärkung unserer eigenen Volkswirtschaften, der Ausbau des Zugangs zu unseren Märkten und die Beseitigung von Hindernissen für den Kapitalverkehr dazu führen, daß benötigte Ressourcen und Technologien in größerem Umfang zur Verfügung stehen, wodurch die öffentliche Hilfe ergänzt wird. Der Zufluß privaten Kapitals wird weiter gefördert, soweit die Entwicklungsländer selbst Zusicherungen für den Schutz und die Sicherheit für Investitionen geben.

16.

Die Sowjetunion und ihre Partner, deren Beiträge gering sind, sollten unter Achtung der Unabhängigkeit und Nicht-Gebundenheit der Entwicklungsländer mehr Entwicklungshilfe leisten und einen größeren Teil von deren Ausfuhren übernehmen.

17

Wir werden unser starkes Engagement gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen aufrechterhalten und uns dafür einsetzen, daß sie die zur Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgaben erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung haben und wirksam einsetzen.

18.

Wir räumen der Lösung der Probleme, die sich für die Entwicklungsländer ohne eigene Erdölvorkommen durch die schädlichen Auswirkungen der hohen Kosten der Energieeinfuhren auf Grund der beiden Ölpreisschocks ergeben haben, hohen Vorrang ein. Wir fordern die erdölausführenden Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen auf, ihre wertvollen Bemühungen zur Finanzierung der Entwicklung in den Entwicklungsländern ohne eigene Ölvorkommen auszuwei-

ten, insbesondere auf dem Gebiet der Energie. Wir sind bereit, mit ihnen zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten und mit ihnen im Geiste der Partnerschaft nach möglichen Mechanismen, wie sie beispielsweise in der Weltbank geprüft werden, zu suchen, die die Bedeutung ihrer finanziellen Beiträge gebührend berücksichtigen werden.

19.

Wir erkennen die Bedeutung einer beschleunigten Nahrungsmittelerzeugung in den Entwicklungsländern und einer sichereren weltweiten Nahrungsmittelversorgung sowie die Notwendigkeit an, daß die Entwicklungsländer eine solide Landwirtschafts- und Ernährungspolitik betreiben; wir werden prüfen, wie für diese Zwecke erhöhte Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die italienische Regierung beabsichtigt, in der Europäischen Gemeinschaft Vorschläge zu erörtern, die in enger Zusammenarbeit mit der Sonderorganisation der VN in Rom für besondere Maßnahmen auf diesem Gebiet vorgelegt werden sollen und vorwiegend für die ärmsten Länder bestimmt sind.

20.

Wir sind tief besorgt über die Auswirkungen des weltweiten Bevölkerungswachstums. Zahlreiche Entwicklungsländer ergreifen Maßnahmen, um dieses Problem in einer Weise, die auf menschliche Werte und Menschenwürde Rücksicht nimmt, zu regeln und das Potential an menschlicher Leistungskraft einschließlich des technischen und kaufmännischen Fachwissens zu entwickeln. Wir sind uns der Bedeutung dieser Fragen bewußt und werden auf internationale Bemühungen in diesen Bereichen größeren Nachdruck legen.

#### Handel

21.

Wir bekräftigen unsere feste Verpflichtung, liberale Handelspolitik und ein wirksames Funktionieren eines offenen multilateralen Handelssystems, wie es im GATT verkörpert ist, aufrechtzuerhalten.

22.

Wir werden zusammenarbeiten, um dieses System im Interesse aller Handelsländer weiter zu stärken und sind uns bewußt, daß damit strukturelle Anpassungen an Änderungen in der Weltwirtschaft notwendig werden.

23.

Wir werden die in den multilateralen Handelsverhandlungen erreichten Vereinbarungen verwirklichen und fordern andere Länder, insbesondere Entwicklungsländer auf, sich diesen allseits vorteilhaften Handelsregelungen anzuschließen.

24.

Wir werden uns weiterhin protektionistischem Druck widersetzen, da wir wissen, daß jede protektionistische Maßnahme, sei es in der Form von offenen oder versteckten Handelsbeschränkungen oder von Subventionen zur Unterstüt-

zung rückläufiger Industrien, nicht nur die Dynamik unserer Volkswirtschaften untergräbt, sondern auch die Inflation und Arbeitslosigkeit im Laufe der Zeit verschärft.

25.

Wir begrüßen die neue Initiative in Form des Vorschlags der Beratungsgruppe der Achtzehn, daß die Vertragsparteien des GATT ein Treffen auf Ministerebene im Jahre 1982 einberufen, sowie die Absicht der OECD-Länder, im Rahmen ihres Programms Handelsfragen zu untersuchen.

26.

Wir werden die Rolle unserer Länder beim reibungslosen Funktionieren des multilateralen Handelssystems streng überprüfen, um ein Höchstmaß an Offenheit unserer Märkte im Geiste der Gegenseitigkeit zu gewährleisten. Wir werden dabei die im GATT vorgesehenen Schutzklauseln berücksichtigen.

27.

Wir befürworten Bemühungen, bis Ende dieses Jahres eine Vereinbarung zu schließen, um Subventionselemente in staatlichen Ausfuhrkreditsystemen zu verringern.

#### Energie

28.

Wir sind überzeugt, daß sich mit Beharrlichkeit die Energieziele erreichen lassen, die wir in Venedig für dieses Jahrzehnt festgelegt haben, wodurch wir in die Lage versetzt werden, die Koppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Ölverbrauch durch strukturellen Wandel in unserer Energiewirtschaft zu brechen.

29.

Wir wissen, daß unsere Länder immer noch anfällig sind und die Energieversorgung ein potentielles Hemmnis für erneutes Wirtschaftswachstum darstellt. Wir werden deshalb die Entwicklung und Nutzung aller unserer Energiequellen, sowohl der konventionellen als auch der neuen, beschleunigen und weiterhin Energieeinsparungen sowie die Ersetzung von Erdöl durch andere Brennstoffe fördern.

30.

Dazu werden wir uns auch künftig sehr weitgehend auf den Marktmechanismus stützen, der soweit notwendig durch staatliche Maßnahmen ergänzt wird.

31.

Wir sollten unsere Fähigkeit zur Lösung kurzfristiger Ölmarktprobleme verbessern, insbesondere durch eine angemessene Vorratswirtschaft.

32.

In den meisten unserer Länder macht der Bau neuer Kernkraftanlagen langsame Fortschritte. Wir beabsichtigen, in unseren Ländern darauf hinzuwirken, daß die Kernenergie von der Öffentlichkeit in größerem Maße akzeptiert wird, und